

Barbara Berkel

Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit

Forschung Kommunikation

Barbara Berkel

Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit

Eine Inhaltsanalyse von
Tageszeitungen in
Deutschland, Frankreich,
Großbritannien und Österreich



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

1. Auflage Mai 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Monika Mülhausen / Tanja Köhler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: MercedesDruck, Berlin
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN-10 3-531-14945-8

ISBN-13 978-3-531-14945-5

Danksagung

Diese Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Kommunikationswissenschaft, insbesondere Medienpolitik, der Universität Hohenheim in Anbindung an das von der EU geförderte Forschungsprojekt *Europub.com*.

Mein Dank gilt meiner Betreuerin und Erstgutachterin Prof. Dr. Barbara Pfetsch, die mir durch die Aufnahme in das Team von *Europub.com* den Zugang zur international vergleichenden Forschung eröffnet hat. Sie hat mir als Mitarbeiterin und Doktorandin die Möglichkeit gegeben, eigenverantwortlich zu arbeiten und damit den Gestaltungsspielraum geschaffen, der notwendig ist, um eigene Ideen kreativ umzusetzen. Prof. Dr. Winfried Schulz, der meine Begeisterung für Fragen der politischen Kommunikation geweckt hat, danke ich für sein stetes Interesse an meiner Arbeit und die Übernahme und schnelle Abfassung des Zweitgutachtens.

Die Zusammenarbeit mit den Forschern aus Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, der Schweiz und Spanien im Rahmen von *Europub.com* hat wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Den zahlreichen fachlichen Diskussionen verdanke ich wichtige Einsichten in die Öffentlichkeitsforschung und in länderspezifische Rahmenbedingungen des Zusammenspiels von Politik und Medien. Dem gesamten Forscherteam möchte ich dafür und für den kollegialen Umgang miteinander danken.

Meine ehemaligen Kollegen an der Universität Hohenheim haben das Entstehen dieser Arbeit in allen Phasen begleitet und durch fachliche sowie freundschaftliche Hilfestellungen erleichtert. Hierfür bedanke ich mich vor allem bei Silke Adam, Dr. Thomas Döbler, Dejan Perc, Sonja Rittner, Dr. Birgit Stark und Anke Tschörtner.

Am meisten möchte ich mich aber bei meinen Eltern, meinem Bruder und meinem Freund Christian bedanken. Ohne ihren bedingungslosen Rückhalt und ihre Unterstützung wäre meine Promotion nicht möglich gewesen. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Inhalt

Einleitung

1. Können Konflikte das Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union überwinden?	11
1.1 Problemstellung	11
1.2 Aufbau der Arbeit	13

Erster Teil: Europäisierung von Öffentlichkeit durch Konfliktkommunikation: Theoretische und methodische Überlegungen

2. Die Rolle von Konflikten und Massenmedien bei der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit	15
2.1 Funktionen und Stimuli europäischer Öffentlichkeit	15
2.1.1 Modellvorstellungen von Öffentlichkeit im Vergleich	15
a. Die Basisfunktionen von Öffentlichkeit	16
b. Zentrale Streitfragen über das Thema „europäische Öffentlichkeit“	20
2.1.2 Empirische Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit	25
a. Ausprägung und Formen europäischer Öffentlichkeit	25
b. Die Konstitutionsbedingungen europäischer Öffentlichkeit	32
2.2 Die Funktionen von Öffentlichkeit aus konflikttheoretischer und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive	36
2.2.1 Die Bedeutung von Konflikten	37
a. Ursachen und Typen sozialer Konflikte	37
b. Stärkung der Funktionen von Öffentlichkeit durch Konflikte	41
2.2.2 Die Bedeutung von Massenmedien	46
a. Die Doppelrolle von Medien in Konflikten	46

	b.	Die Funktionen von Öffentlichkeit im Lichte der Medienlogik.....	48
	c.	Der Handlungsspielraum von Massenmedien.....	50
2.3		Zusammenfassung: Forschungsfragen.....	55
3.		Rahmenbedingungen der Europäisierung.....	59
3.1		Politische Rahmenbedingungen.....	60
	3.1.1	Das Konzept der Opportunitätsstruktur.....	60
	3.1.2	Ausgewählte Politikfelder im Vergleich.....	63
	a.	Die Politik der Europäischen Integration.....	63
	b.	Die gemeinsame Agrarpolitik.....	69
3.2		Mediale Rahmenbedingungen.....	78
	3.2.1	Pressesysteme im Vergleich.....	78
	3.2.2	Ausgewählte Zeitungen im Vergleich.....	85
3.3		Zusammenfassung: Forschungsleitende Hypothesen.....	88
4.		Zum Untersuchungsaufbau.....	93
4.1		Konzeption der Forschungsanlage.....	93
	4.1.1	Das Untersuchungsdesign.....	93
	4.1.2	Die Untersuchungsmethode.....	97
4.2		Ereignishintergründe der ausgewählten Konflikte.....	101
	4.2.1	Machtkonflikt um die Regierungsbeteiligung der FPÖ.....	101
	4.2.2	Herrschaftskonflikt um die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.....	104
4.3		Zusammenfassung: Operationalisierung.....	107

*Zweiter Teil: Empirische Befunde zur Europäisierung durch Konfliktkommunikation
in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich*

5.		Bedingungen der Transparenz.....	111
5.1		Die Präsenz Europas in den Medien.....	111
	5.1.1	Politikfelder als Untersuchungsrahmen von Öffentlichkeit.....	112
	5.1.2	Sichtbarkeit transnationaler Themen und Akteure.....	113
	5.1.3	Redaktionelle Mechanismen in der Europaberichterstattung.....	119
	a.	Förderer.....	120
	b.	Quellen.....	123
	c.	Anlässe.....	125

5.2	Divergenzen und Ähnlichkeiten nationaler Berichterstattung	129
5.2.1	Synchronisierung nationaler Themen-Zyklen	129
5.2.2	Harmonisierung von Sprechergruppen	135
5.3	Zusammenfassung.....	142
6.	Bedingungen der Validierung	145
6.1	Grundlagen der Validierung	145
6.1.1	Streit als Basis der Validierung.....	146
6.1.2	Zur Güte der Validierungsprozesse	147
a.	Vielfalt im Bewertungsprozess	148
b.	Validierung oder Entwertung	152
6.2	In- oder Exklusion: Öffentliche Bilder von Koalitionen und Gegnerschaften.....	158
6.2.1	Die Bedeutung von grenzüberschreitender Auseinandersetzung.....	159
6.2.2	Die Vernetzung nationaler Öffentlichkeiten	162
a.	Grad der Wechselseitigkeit.....	162
b.	Tendenz zur Exklusion.....	166
6.3	Zusammenfassung.....	168
7.	Bedingungen der Orientierung durch Medien	171
7.1	Medien als Sprecher.....	171
7.1.1	Determinanten journalistischer Sprecheraktivität.....	172
a.	Direkte und indirekte Kommentare.....	172
b.	Beiläufige Kommentare	176
7.1.2	Aufmerksamkeitsstimulierende Faktoren.....	178
7.2	Entwicklung europäischer Bewertungsmuster.....	182
7.2.1	Positionierung der Medien im Konflikt.....	183
7.2.2	Zur Autonomie der Medien	186
7.3	Zusammenfassung.....	192

Schlussbetrachtungen

8.	Eine Konfliktheuristik	195
----	------------------------------	-----

Anmerkungen	201
Literatur	209
Anhang	223

1. Können Konflikte das Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union überwinden?

1.1 Problemstellung

1979 konnten die Bürger der EU erstmals ein eigenes Parlament wählen und damit direkt Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Integration nehmen. Dieser Meilenstein auf dem Weg zu einem demokratischen Europa hat die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage angestoßen, wie informiert die Bürger über europäische Themen und Akteure sind. Von besonderem Interesse bei dieser Frage ist die Berichterstattung der Massenmedien, aus der die Bürger mehr oder weniger über Europa erfahren können. Das Ergebnis erster ländervergleichender Medienanalysen war ernüchternd: Vor den Europawahlen rückten nicht etwa europäische Themen und Akteure in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Im Gegenteil blieben die in den Medien abgebildeten Debatten national verhaftet (vgl. Sammelband von Blumler 1983; Bogdanor 1989; Leroy/Siune 1994; Reiser 1994). Obwohl dieser Befund Zweifel säte, wie sich die Bürger am Prozess der europäischen Integration beteiligen können, wenn sie über entscheidende Auseinandersetzungen und Probleme nur unzureichend informiert werden, flaute das Interesse der Forschung an diesem Thema jedoch wieder ab, bis ihm die aktuellen Entwicklungen in den 90er Jahren erneut Brisanz verliehen.

Im Vertrag von Maastricht 1992 wurden politische Kompetenzen in den Bereichen Wirtschafts- und Währungsunion, Innen-, Justiz- und Außenpolitik weiter auf europäische Ebene verlagert. Einstellungsforscher beobachteten, dass die Unterstützung der Bürger für die EU mit ihrem rasanten Machtzuwachs bröckelte. Lange Zeit waren Europapolitiker von einem so genannten „permissive consensus“ ausgegangen, der eine diffuse, meist passive, öffentliche Unterstützung der europäischen Integration ausdrückte. In den frühen 90er Jahren schwand diese Periode des Konsenses (vgl. Hayward 1995). Trotz der Erfolgsbilanz des politischen Projekts „EU“ ist eine Krise des Dialogs zwischen den mächtigen Europapolitikern auf der einen und den machtlosen EU-Bürgern auf der anderen Seite entstanden (Kirt 2001: 37). Kritisiert wird, dass der politische Prozess in der EU für die Bürger und Wähler schwer nachvollziehbar sei, da die Komplexität des Mehrebenensystems und die vielen Delegationsstufen¹ die Transparenz beeinträchtigten (Crombez 2003: 113). Im Ergebnis funktioniert die EU nicht oder nur eingeschränkt als De-

mokratie, weil sie nicht durch eine europäische Wählerschaft (demos) kontrolliert wird (u.a. Scharpf 1999; Crombez 2003: 104f).

Eine möglicherweise mangelhafte Europaberichterstattung der Medien, die den Graben potenziell überbrücken könnte, erscheint in diesem Lichte umso schwerwiegender. Wenn öffentlich geführte Diskussionen nationalstaatlich verhaftet bleiben, ohne ausreichend vom europäischen Geschehen Notiz zu nehmen, politische Entscheidungen aber immer häufiger von der EU und nicht von den Nationalstaaten gefällt werden, ist die Folge, „dass die Bürger nicht oder nicht ausreichend von den Entscheidungen und Diskussionen informiert werden, die sie (...) unmittelbar betreffen“ (Gerhards 2000a: 288). Solch ein *Öffentlichkeitsdefizit* der EU erschwert aus demokratietheoretischer Perspektive die Rückkopplung an die Bürger und gefährdet ganz allgemein die Integration und Identitätsfindung einer wachsenden europäischen Staatengemeinschaft.

Seit Mitte der 90er Jahre verfolgen viele Studien daher sehr viel grundsätzlichere Fragestellungen als in den 80er Jahren, indem sie das Ausmaß und die Güte der Europaberichterstattung in verschiedenen EU-Mitgliedsländern auch losgelöst von besonderen Ereignissen wie den Europawahlen in Zeiten politischer Routine untersuchen (z.B. Anderson/Weymouth 1999; Gerhards 2001; Peter 2003a). Als Indikator dafür, welche Bedeutung die Wissenschaft dem Thema mittlerweile beimisst, mögen die unterschiedlichen Forschungsprojekte zu Inhalten europäischer Medien gelten, die in den vergangenen Jahren entstanden und teilweise publiziert worden sind (oder Europäisches Medieninstitut in Düsseldorf Kevin 2003; Risse/Van de Steeg 2003; z.B. Europäisches Hochschulinstitut in Florenz und Berliner Humboldt-Universität van de Steeg 2004). Auch die vorliegende Arbeit ist im Rahmen eines vom Wissenschaftszentrum Berlin aus koordinierten EU-Projekts entstanden, das in sieben Ländern die Konstitutionsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit vergleichend analysiert (Details zu „Europub.com“ bei Koopmanns/Statham 2002). Mittlerweile, schrieb Ulrich Saxer im März 2005 in der *Neuen Zürcher Zeitung*, habe die wissenschaftliche Analyse der „amorphen“ Größe „europäische Öffentlichkeit“ Fortschritte gemacht.

Tatsächlich lassen die verschiedenen Puzzleteile zusehends ein Bild erkennen. So haben viele Studien herausgefunden, dass die zeitgleiche Berichterstattung über europäische Themen in verschiedenen Ländern von konflikthaltigen, besonderen Ereignissen stimuliert wird wie z.B. BSE oder der Rücktritt der EU-Kommission (u.a. Meyer 2002; Trenz 2002; Kevin 2003). Wie schon in anderen Zusammenhängen beobachtet, scheinen auch in Europa tiefgehende Konflikte die gesamte öffentliche Kommunikation wie „ein Magnet die Eisenspäne“ in ihren Bann zu ziehen (vgl. Imhof 2002: 42). Bislang basiert diese These jedoch primär auf empirischen Fallstudien.

Ziel dieser Arbeit ist daher,

- aus der Vielzahl der vorgeschlagenen Konzepte ein grundlegendes Verständnis von europäischer Öffentlichkeit abzuleiten,
- das Verhältnis von europäischer Öffentlichkeit, Konflikten und Massenmedien theoretisch zu klären und
- verallgemeinerbare Erkenntnisse zu formulieren, was Konflikte zur Europäisierung von Öffentlichkeit beizutragen vermögen.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil (Kapitel zwei bis vier) wird das Phänomen *europäische Öffentlichkeit* theoretisch analysiert und Indikatoren und Hypothesen zur Europäisierung von Öffentlichkeit abgeleitet. Im zweiten Teil werden diese mit inhaltsanalytisch gewonnenen Daten konfrontiert (Kapitel fünf bis sieben).

Zu den einzelnen Kapiteln: Nach einem *einleitenden Kapitel*, das den forschungstheoretischen Hintergrund und die Fragestellung der Arbeit erläutert, wird im *zweiten Kapitel* ein theoretisches Analyseraster für die Frage entwickelt, inwiefern und ggf. wie Konflikte zum Entstehen einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Die Grundlage bildet ein liberales Modell von Öffentlichkeit, dem zufolge Öffentlichkeit primär Transparenz-, Validierungs- und Orientierungsfunktion zukommt (Neidhardt 1994a: 8). Hierauf aufbauend werden zentrale Streitfragen, Konzepte und Studien zum Thema „europäische Öffentlichkeit“ diskutiert. Die empirischen Befunde zeigen insbesondere in Konfliktzeiten Momente der grenzüberschreitenden Kommunikation. Gemeinsamen Konflikten wird daher eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zugeschrieben, meist jedoch ohne theoretisch fundierte Begründung. Aus diesem Grund werden im zweiten Teil dieses Kapitels konflikttheoretische Erkenntnisse in die öffentlichkeitssoziologischen Modelle integriert. Dies erlaubt, Konflikte nach ihrem Integrationspotenzial differenziert zu analysieren und die Funktionen von Öffentlichkeit aus konflikttheoretischer Perspektive zu spezifizieren. Weitgehend unberücksichtigt blieb in der Konflikttheorie bislang ein zentraler Öffentlichkeitsakteur, der nach eigenen Regeln funktioniert, die Massenmedien. Daher werden kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse zur Performanz von Massenmedien daraufhin überprüft, inwiefern Medien die Funktionen von Öffentlichkeit (in Konfliktzeiten) bremsen oder stärken können.

Das Europäisierungspotenzial von Konflikten wird wesentlich beeinflusst von verschiedenen Faktoren auf der Makro-Ebene, die in keiner international vergleichenden Studie unbeachtet bleiben dürfen. Im *dritten Kapitel* werden daher ent-

scheidende Rahmenbedingungen der Politikfelder und der Länder, die in dieser Arbeit untersucht werden, vergleichend gegenüber gestellt. Identifikations- und Bewertungsmaßstab für diesen Vergleich ist die Frage, inwieweit bestimmte Strukturen der politischen Systeme und der Mediensysteme in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich besser oder schlechter geeignet sind für Europäisierungsprozesse der jeweiligen Öffentlichkeiten. Am Ende werden die Erkenntnisse der theoretischen und der ländervergleichenden Diskussion in forschungsleitende Hypothesen kondensiert.

Im *vierten Kapitel* wird ein für die empirische Überprüfung geeigneter Untersuchungsaufbau vorgestellt. Ein quasi-experimentelles Design erlaubt den systematischen Vergleich der Berichterstattung von Qualitätszeitungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich während Konflikt- und Routine-Zeiträumen über die Politikfelder „europäische Integration“ und „Agrarpolitik“.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die inhaltsanalytisch gewonnenen Daten darauf hin untersucht, welchen Beitrag die ausgewählten Konflikte für die Konstitution einer funktionierenden europäischen Öffentlichkeit leisten. Als Vergleichsmaßstab dienen die Routinezeiträume. Die Auswertung folgt den im zweiten Kapitel entwickelten Dimensionen der Europäisierung von Öffentlichkeit durch Konfliktkommunikation. Im *fünften* und *sechsten Kapitel* wird untersucht, ob bzw. inwiefern die untersuchten Konflikte zu einer besseren Erfüllung der Transparenz- und der Validierungsfunktion durch die Öffentlichkeiten in Europa führen. Im *siebten Kapitel* wird die Rolle von Massenmedien als eigenständige Sprecher und ihre Leistung für die Orientierungsfunktion von Öffentlichkeit genauer untersucht. Abschließend wird im *achten Kapitel* aus den gewonnenen Erkenntnissen über die Rolle von Konflikten als Motor einer europäischen Öffentlichkeit eine allgemeine Konfliktheuristik abgeleitet.

2. Die Rolle von Konflikten und Massenmedien bei der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit

Ziel dieser Arbeit ist zu untersuchen, ob und ggf. wie Konflikte zum Entstehen einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit beitragen. In diesem Kapitel wird der Zusammenhang von Konflikten und (europäischer) Öffentlichkeit auf Basis öffentlichkeitssoziologischer und konflikttheoretischer Konzepte geklärt. Die zentrale Stellung von Massenmedien wird zudem durch kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse über deren Funktionsweise herausgearbeitet. Die Befunde dieser theoretischen Darstellung gehen in ein Analyseraster ein, das konkrete Forschungsfragen zur empirischen Überprüfung erlaubt.

2.1 Funktionen und Stimuli europäischer Öffentlichkeit

Mitte der 90er Jahre hat das Phänomen *europäische Öffentlichkeit* wachsendes wissenschaftliches Interesse gefunden. Heute kursiert in der Forschungsliteratur eine Vielzahl von Modellen und Vorstellungen, was unter europäischer Öffentlichkeit zu verstehen ist und was sie leisten kann bzw. soll. Im Gegensatz zu der um einige Jahrzehnte älteren Diskussion über die nationalstaatlich verankerte Öffentlichkeit, haftet vielen Modellen von europäischer Öffentlichkeit ein vorläufiger Charakter an. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, sich auf die zentralen Öffentlichkeitsmodelle zurückzubedenken, die für nationalstaatliche Zusammenhänge entwickelt wurden. Dies erleichtert, die bisherige Forschung zum Thema „europäische Öffentlichkeit“ einzuordnen und ein konkretes Verständnis von europäischer Öffentlichkeit, ihren Funktionen und ihren Grenzen zu generieren.

2.1.1 Modellvorstellungen von Öffentlichkeit im Vergleich

Die Diskussion zentraler Öffentlichkeitsmodelle, die für nationalstaatliche Zusammenhänge entwickelt wurden, vergegenwärtigt die Funktionen, die auch mit Blick auf eine europäische Öffentlichkeit Geltung besitzen.

a. Die Basisfunktionen von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit als eigener, von der privaten wie staatlichen Sphäre geschiedener Bereich, ist erst zur Zeit der Aufklärung mit dem wirtschaftlich emanzipierten Bürgertum des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden. In seiner sozialgeschichtlichen Rekonstruktion verortet Jürgen Habermas Öffentlichkeit dort, wo sich Bürger versammeln, um gegenüber der staatlich organisierten Herrschaft nicht nur privat motivierte, sondern auch an öffentlich diskutierten Grundsätzen der Vernunft ausgerichtete Kritik und Kontrolle auszuüben (Habermas 1990: 90).

Der Diskussion um die möglichen Funktionen von Öffentlichkeit liegen demnach Modellvorstellungen von Demokratie zu Grunde. Ausgangspunkt ist das Kernproblem der Demokratie, dem zufolge es Herrschaftsträger und –unterwiesene gibt, gleichzeitig aber das Prinzip der Volksherrschaft gilt. Gelöst wird das Problem durch eine in Wahlen vollzogene Delegation auf Zeit. Notwendiger Bestandteil dieses Prozesses ist die politische Öffentlichkeit (Gerhards et al. 1998: 26), über die Politiker von den Wünschen und Interessen der Bürger und die Bürger von politischen Programmen erfahren (Pfetsch/Fuchs 1996). Eine funktionierende Öffentlichkeit gilt als „konstituierend“ für die Demokratie (vgl. Argumentation des Bundesverfassungsgerichts im sogenannten „Lüth-Urteil“ 7, 198).

Je nach Modell von Öffentlichkeit werden unterschiedliche Erwartungen an die Funktionen von Öffentlichkeit gestellt. Die im Folgenden diskutierten Modelle haben die Auseinandersetzung mit dem Phänomen einer europäischen Öffentlichkeit entscheidend geprägt. Zudem ergeben sie unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle von Konflikten und Massenmedien.

Das diskursive Öffentlichkeitsmodell

In seiner einflussreichen Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ von 1961 formulierte Jürgen Habermas das Modell einer diskursiven Öffentlichkeit. Er hat es in einem jüngeren Aufsatz (1989), einem Vorwort zur Neuauflage des Strukturwandels der Öffentlichkeit (1990: 11-50) und insbesondere in seiner rechts- und demokratietheoretischen Abhandlung „Faktizität und Geltung“ (1992) weiterentwickelt. Das theoretisch anspruchsvolle Modell wird hier nur stark verkürzt dargestellt, ohne die vielfältigen Modifikationen und Erweiterungen der Sekundärliteratur. Als ideal beschreibt Habermas die autochthone im Gegensatz zur vermachteten Öffentlichkeit. Deren Wurzeln liege in einem Öffentlichkeitstypus, der vor dem Erstarken demokratischer Ideale im 18. Jahrhundert auftritt und unter Ausschluss des Volkes funktioniert: „Hier bildet das Volk die Kulisse, vor der die Herrschaftsstände, Adelige, kirchliche Würdenträger, Könige usw. sich selbst und ihren Status darstellen.“ (Habermas 1990: 17)

Im Gegensatz dazu werde die autochthone Öffentlichkeit beherrscht von nicht vermachteten Akteuren aus der Peripherie des politischen Systems, insbesondere

bürgernaher Akteure der Zivilgesellschaft, die Themen und Positionen argumentativ begründeten und sich in einem rationalen Diskurs mit anderen Akteuren auseinandersetzten. Die Kommunikation zwischen den Beteiligten sollte geprägt sein von Offenheit, Kompetenz und Sachlichkeit.

Entscheidend sei, dass die am Diskurs Beteiligten auf die Kraft des besseren Arguments vertrauten, das sich am Ende der Auseinandersetzung durchsetzt. Ziel der Diskussion in einer autochtonen Öffentlichkeit ist die kollektive Akzeptanz des besten Arguments durch zwangsfreie Überzeugung (Habermas 1990: 40ff). Dieser Diskursbegriff ist eng verknüpft mit Vorstellungen der deliberativen Demokratie, der zufolge politische Entscheidungen am Ende eines argumentativen Diskussionsprozesses stehen:

„The notion of a deliberative democracy is rooted in the intuitive ideal of a democratic association in which the justification of the terms and conditions of association proceeds through public argument and reasoning among equal citizens. Citizens in such an order share a commitment to the resolution of problems of collective choice through public reasoning, and regard their basic institutions as legitimate insofar as they establish a framework for free public deliberation.“ (Cohen 1989: 17f)

Die wachsende Rolle der Massenmedien als zentralem Öffentlichkeitsakteur erachtet Jürgen Habermas in seiner Habilitationsschrift als Gefahr für die autochtone Öffentlichkeit:

„Die durch Massenmedien zugleich vorstrukturierte und beherrschte Öffentlichkeit wuchs sich zu einer vermachteten Arena aus, in der mit Themen und Beiträgen nicht nur um Einfluss, sondern um eine in ihren strategischen Intentionen möglichst verborgene Steuerung verhaltenswirksamer Kommunikationsflüsse gerungen wird.“ (1990: 28)

Rückblickend hat Habermas selbst seine Einschätzung als zu pessimistisch relativiert und verweist auf neuere Befunde der Medienforschung (1990: 29f).² Tatsächlich ist das Diskursmodell von Habermas und ihm folgenden Autoren von vielen Seiten wegen seines „unausrottbar idealisierenden Charakters“ als realitätsfern kritisiert worden (Schmid 1992: 139). Empirische Studien zeigen Öffentlichkeitsstrukturen, die weit davon entfernt sind, die Forderungen nach Diskursivität, Reziprozität, Gleichheit, Kompetenz und Sachlichkeit zu erfüllen (Peters 1994; Schulz 1997: 88ff; Peters 2002: 28). Die den Medien eigene Logik be- bzw. verhindert offensichtlich einen rationalen öffentlichen Diskurs über Politik nach den von Habermas postulierten idealen Grundsätzen (vgl. Pfetsch 2003a: 169).

Das liberal-repräsentative Öffentlichkeitsmodell

Eine Alternative bietet das Modell einer liberalen Öffentlichkeit, das zurück geht auf systemtheoretische Überlegungen zur Öffentlichkeit und zu den Massenmedien (Luhmann 1970; Gerhards/Neidhardt 1990; Luhmann 1990; Gerhards 1993b; Marcinkowski 1993; Gerhards 1994; Luhmann 1995) und auf Konzepte der liberalen Demokratietheorie (Ackerman 1989; Rawls 1993). Wie bei Habermas wird

in diesem Modell unterschieden zwischen Akteuren aus der Peripherie und Akteuren aus dem Zentrum des politischen Systems. Insofern begreifen beide Modelle Öffentlichkeit als ein Vermittlungssystem zwischen Peripherie und Zentrum (Schulz 1997: 86).

„Die Bedeutung von Öffentlichkeit zur Legitimationserzeugung wird innerhalb [der liberalen] Vorstellung als weniger wichtig angesehen, weil die Legitimität der Politikherstellung durch das Zentrum der Politik ohne öffentliche Diskussion als gewichtiger eingeschätzt wird. Akteure des Zentrums der Politik sind alle durch Wahlen direkt oder indirekt demokratisch legitimierte Akteure. Dabei kommt der allgemeinen und gleichen Wahl in den liberalen Demokratievorstellungen eine wichtigere Bedeutung zu als in der deliberativen Vorstellung von Demokratie, weil über das allgemeine und gleiche Wahlrecht die individuellen Willen der Bürger am gerechtesten in einen Allgemeinwillen aggregiert werden.“ (Gerhards 1997: 9)

Die Unterschiede zwischen beiden Modellen sind in erster Linie normativer Art. Die von Habermas definierten Gütekriterien des öffentlichen Diskurses kontrastiert Jürgen Gerhards mit den von Bruce Ackerman (1989) entwickelten Kriterien öffentlicher Kommunikation. Unterschiedliche Positionen in einer Gesellschaft werden seiner Ansicht nach allein durch öffentliche Diskussionen für alle Akteure sichtbar. Diese Form der Transparenz ist nötig, damit Demokratie funktionieren kann (Ackerman 1989: 9). In liberalen Modellen wird die Transparenz daher als primäres Ziel von Öffentlichkeit angesehen, während es im deliberativen Modell darum geht, Konsens herzustellen (Peters 2002: 24).

Die Funktionen von Öffentlichkeit hat Friedhelm Neidhardt konkretisiert (1994b). In Anlehnung an Amitai Etzionis Theorie „kybernetischer Fähigkeiten“ (1968) betrachtet er Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, „in dem Themen und Meinungen (A) gesammelt (Input), (B) verarbeitet (Throughput) und (C) weitergegeben (Output) werden.“ (1994a: 8) Entsprechend erfülle Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften drei verschiedene Funktionen: Transparenz, Validierung und Orientierung. *Transparenz* bedeutet, dass Öffentlichkeit offen sein soll für alle gesellschaftlichen Gruppen, Themen und Meinungen (A), und *Validierung*, dass Öffentlichkeitsakteure mit Themen und Meinungen anderer diskursiv umgehen sollen (B). *Orientierung* (C), das eigentliche Ziel von Öffentlichkeit, ist erreicht, wenn als Ergebnis der Auseinandersetzung unter Öffentlichkeitsakteuren öffentliche Meinung als „kollektive Vorstellungen mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppen über das, was wichtig, richtig und dann auch dringend zu tun ist“, entsteht (Neidhardt 1994b: 21). Die beiden erstgenannten Funktionen können in diesem Sinne gewissermaßen als Vorbedingung für die Erfüllung der Orientierungsfunktion gelten.

Eine entscheidende Rolle kommt in diesem Prozess den Massenmedien zu, da Öffentlichkeit mit Friedhelm Neidhardts Worten heute überall dort entsteht, „wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann.“ (1994a: 10) Solch große Foren entstehen durch massenmediale Ver-

mittlung. Das besondere Merkmal dieser großen Foren ist, dass Sprecher und Publikum, vermittelt von Massenmedien, nicht mehr direkt interagieren. So konstatiert Neidhardt: „Öffentliche Kommunikation wird zur Massenkommunikation.“ (1994a: 10) Entsprechend behandelt das liberale Öffentlichkeitsmodell Sprecher und Massenmedien als zentrale Öffentlichkeitsakteure und identifiziert das Publikum als Adressaten bzw. als sogenannte „öffentlichkeitskonstituierende Bezugsgruppe“ (Neidhardt 1994a: 12). Die Massenmedien stellen als „Produzenten von Öffentlichkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 42f) in öffentlichen Kommunikationsprozessen „die Bedingung für und gleichzeitig das Forum von Themenkarrieren“ (Pfetsch 1994: 12) dar. Sie prägen durch ihre Funktionsweise die Struktur und die Dynamik von Öffentlichkeit.

Zusammenfassend scheint das liberale Modell geeigneter als das diskursive Modell, die Kommunikationsbedingungen moderner Gesellschaften abzubilden (Blumler 1998; Schulz 2001: 343). Diese sind gekennzeichnet vom Wandel der Massenkommunikation hin zu einer Wachstumsindustrie, der Expansion der Medien, der Beschleunigung des Kommunikationstempos und der Kommerzialisierung öffentlicher Kommunikation (vgl. Münch 2000). Schlagworte wie Kommunikations- oder Mediengesellschaft verdeutlichen die Schlüsselrolle, die den Massenmedien heute in gesellschaftlichen Vermittlungsprozessen zugeschrieben wird (vgl. Sarcinelli 1998; Münch 2000).

Das medienkonstruierte Öffentlichkeitsmodell

Winfried Schulz denkt diese Veränderung konsequent zu Ende. Er stellt dem diskursiven und dem liberalen Modell eine dritte Variante gegenüber: die medienkonstruierte Öffentlichkeit (Schulz 2001: 343). Darin erweitert er den soziologischen Zugang um die Befunde der Kommunikationswissenschaft über die Rolle der Medien als „Gatekeeper“, die den Zugang anderer Akteure zur öffentlichen Arena kontrollieren und dadurch eine Mediatisierung der öffentlichen Kommunikation bewirken. Jay Blumler hat darauf hingewiesen, dass das medienkonstruierte Modell den beiden anderen Modellen über- und nicht nebengeordnet ist (Blumler 1998). In diesem Sinne wird es auch hier nicht als eigenständiges Modell verstanden, sondern als Ansatz, die soziologische mit der kommunikationswissenschaftlichen Perspektive enger zu verknüpfen.

Schulz weist auf mögliche verheerende Folgen einer Dominanz der Medienlogik in der öffentlichen Kommunikation hin: Die Öffentlichkeit fragmentiert (Stichwort „Ausdifferenzierung des Mediensystems“) und das Publikum verliert sein Vertrauen in die Politik (Stichwort „Videomalaise“). In diesem Sinne warnt er berechtigterweise vor einer naiven Sicht auf die Massenmedien. Seinem Hinweis folgend werden daher in Kapitel 2.2.2 kommunikationswissenschaftliche Befunde zur Performanz von Massenmedien diskutiert.³

Das Konfliktmodell

Man könnte einwenden, die pessimistische Sichtweise auf medieninduzierte Öffentlichkeit sei durch die Vorstellung provoziert, dass Medien zur Vereinheitlichung beitragen müssten. Aufgrund der Ausdifferenzierungs- und Pluralisierungstendenzen in modernen Gesellschaften holen Hartmut Weßler und Otfried Jarren weiter aus und kritisieren generell jedes auf Vereinheitlichung abzielende Modell als Irrweg. Als Alternative schlagen sie ein Integrationsverständnis vor, das explizit auf Konfliktkommunikation aufbaut (Jarren/Weßler 2001; Weßler 2002a, b). Ausgehend von der Vorstellung, dass das intermediäre System der Öffentlichkeit der bevorzugte Ort ist, an dem gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden, leitet das Konfliktmodell der Öffentlichkeit einen radikalen Paradigmenwechsel ein: Konflikte konstituieren geradezu Öffentlichkeit.

Die Erwartungen an die Konfliktkommunikation bewegen sich zwischen der Minimalforderung des liberalen Modells nach Transparenz und der Maximalforderung nach einem „rationalen Diskurs“ im Habermasschen Sinne, der politische Konflikte löst (vgl. Knight/Johnson 1994: 289). Durch ihre Konfliktberichterstattung sollen Massenmedien drei zentrale Leistungen erbringen (Jarren/Weßler 2001: 53): die gegenseitige Beobachtung der gesellschaftlichen Gruppen sichern, gegenseitige Entwertungen offen legen und die Interessen hinter den Positionen herausstellen. In diesem Rahmen gilt die mediale Konfliktfreudigkeit als funktional und nicht als Auslöser von Vertrauensverlust und politischem Zynismus beim Publikum.

Weßler geht davon aus, dass die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften substituiert wird durch „mehr oder weniger vernetzte Gruppenöffentlichkeiten und situativ entstehende Themenöffentlichkeiten“ (2002b: 65). Die Entstehung von Themenöffentlichkeiten auf einer breiteren sozialen Basis erwartet der Autor im Zuge von herausragenden Ereignissen bzw. sozialen Konflikten (Weßler 2002b: 64). Da sich die Vorstellung der Vereinheitlichung durch Massenmedien bereits im nationalen Zusammenhang als unrealistisch erweist, ist sie erst Recht mit Blick auf ein plurales Gebilde wie die EU in Frage zu stellen. Wie im Folgenden dargelegt wird, spielen Konflikte tatsächlich eine entscheidende Rolle für die Konstitution von europäischer Öffentlichkeit.

b. Zentrale Streitfragen über das Thema „europäische Öffentlichkeit“

Die vorgestellten Öffentlichkeitsmodelle prägen die Auseinandersetzung mit dem Phänomen „europäische Öffentlichkeit“ insofern, als sie für viele Autoren als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen dienen.⁴ Die Debatte darüber, wie ein öffentlicher Raum, der die Bürger der EU über die nationalen Grenzen hinaus miteinander

verbindet, aussehen kann und soll, rankt sich um zwei zentrale Streitfragen: Genügt es, wenn europäische Öffentlichkeit von Eliten getragen wird oder bildet eine von Massenmedien getragene Öffentlichkeit die notwendige Basis? Und, vorausgesetzt man folgt der Vorstellung einer massenmedialen Öffentlichkeit: Benötigt europäische Öffentlichkeit pan-europäische Medien oder können auch nationale Medien Vergleichbares leisten, sofern ihre Berichterstattung hinreichend europäisiert ist? Um zu einem Verständnis von europäischer Öffentlichkeit zu gelangen, das dieser Arbeit zugrunde gelegt werden kann, müssen beide Fragen geklärt werden.

Elite- vs. Massenöffentlichkeit

In Anlehnung an Jürgen Habermas (1996) gehen Klaus Eder et al. von einem diskurstheoretischen Öffentlichkeitsbegriff aus, nach dem es entscheidend ist, ob zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten kommuniziert werden (Eder/Kantner 2000: 315).⁵ Der Europäisierungsprozess verläuft entlang thematisch definierter Teilöffentlichkeiten (Eder et al. 1998; Eder/Kantner 2000; Trenz 2000). Ausgangspunkt des Konzepts stellt ein Spezifikum europäischen Regierens dar: die stark funktional gegliederte Segmentierung, die sich in diversen Fachministerien im Rat oder in den Generaldirektoraten der Kommission organisiert. Im Vergleich zu anderen Formen internationaler politischer Zusammenarbeit zeichnet sich europäisches Regieren aus durch die Institutionalisierung von Verfahren in bestimmten, klar abgegrenzten substantiellen Politikbereichen und der Beteiligung von Akteuren, die mit der Durchführung dieser Verfahren betraut sind (Eder et al. 1998: 325). „Politikfelder lassen sich (...) als bereichsspezifische entscheidungs- und lösungsorientierte Kommunikationsnetzwerke analysieren.“ (Eder et al. 1998: 324) Entsprechend erwarten die Autoren die Herausbildung politikfeldspezifischer Handlungs- und Kommunikationsräume. An Stelle einer homogenen Öffentlichkeit sollen thematisch voneinander abgegrenzte Teilöffentlichkeiten entstehen, die die Autoren auch als „Netzwerköffentlichkeiten“ bezeichnen (Eder et al. 1998: 325).

In Bezug auf die Entstehungsbedingungen einer themenspezifischen Medienöffentlichkeit rekurren die Autoren in Anlehnung an Friedhelm Neidhardt (1994a: 318) auf die öffentlichkeitskonstituierende Bezugsgruppe, das Publikum, und benennen die Issue-Betroffenheit als Organisationsprinzip von Öffentlichkeit (Eder et al. 1998: 325). Dahinter steht die Grundannahme, dass viele Teilöffentlichkeiten an die Stelle einer homogenen Öffentlichkeit bzw. eines einzigen Publikums getreten sind. Teil eines Publikums wird, wer von einem Thema betroffen ist. In der transnationalen oder europäischen Öffentlichkeit variiert also das Publikum abhängig von der thematischen Betroffenheit.⁶ Daraus kann gefolgert werden, dass die Konstitutionsbedingungen nicht an ein europäisiertes massenmediales Kommunikationssystem gebunden werden sollte, sondern an die dynamische Netzwerkstruktur des EU-Mehrebenensystems. „Issue- oder politikfeldspezifische Teilöffentlich-

keiten werden damit zum Ort, an dem eine gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung am Prozess des europäischen Regierens erstritten werden kann.“ (Trenz 2000: 334) Eine „Fokussierung auf staatlich gefasste Medienöffentlichkeiten“ lehnen die Autoren in einem späteren Artikel explizit ab, da diese ihrer Meinung nach „eine Gleichsetzung von Öffentlichkeit mit nationalen, durch Massenmedien repräsentierten Sprach- und Kulturgemeinschaften“ impliziert und notwendigerweise in der Betonung von Hindernissen wie der Sprachenvielfalt für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit und die Entstehung von Diskurs resultiert (Eder/Kantner 2000: 306).⁷

Jürgen Gerhards kritisiert das von Eder et al. entwickelte Modell als Form der Präsenzöffentlichkeit von Eliten und Gegeneliten, das in seinen Augen kein funktionales Äquivalent für massenmediale Öffentlichkeit darstellen kann und wird, „weil es sich bei dem skizzierten Modell im Kern um ein deliberatives Verfahren des Lobbying und des Mitregierens handelt und nicht um die Herstellung von Öffentlichkeit.“ (2001: 16) Analog dem Modell liberaler Öffentlichkeit fordert er eine Europäisierung der massenmedial vermittelten nationalen Öffentlichkeiten, die mit der Europäisierung der Politik zumindest tendenziell gleich zieht. Unter Europäisierung versteht er „die Thematisierung europäischer Themen und Akteure in den nationalen Öffentlichkeiten einerseits und die Bewertung der Themen unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive andererseits“ (1993a: 102). Ausgangspunkt seiner Argumentation bildet die demokratische Funktion der Informationsvermittlung, die einer politischen Öffentlichkeit zukommt. D.h. damit die Bürger eine Wahlentscheidung treffen können, müssen sie sich über die Handlungen und Programme ihrer Repräsentanten und deren Konkurrenten informieren können (Gerhards 2000b: 53f). In diesem Sinne könne der EU ein Öffentlichkeitsdefizit bescheinigt werden,

„wenn politische Entscheidungen immer häufiger nicht von den Nationalstaaten, sondern von der EU gefällt werden, die Berichterstattung der Öffentlichkeit aber nationalstaatlich verhaftet bleibt und nicht oder nur im geringen Maße von den europäischen Entscheidungen und Diskussionen berichtet; die Folge wäre, dass die Bürger nicht oder nicht ausreichend von den Entscheidungen und Diskussionen informiert werden, die sie aber unmittelbar betreffen.“(Gerhards 2000b: 54)

Die Vermittlungsleistung von Massenmedien, der bereits im nationalstaatlichen Rahmen eine Schlüsselrolle zukommt (Blumler 1998; Schulz 2001: 343), erscheint im europäischen Rahmen aus demokratietheoretischen Gesichtspunkten tatsächlich unverzichtbar. Den besten Beweis hierfür liefert die Forschergruppe von Eder et al. selbst, die in ihrer Ablehnung massenmedialer Öffentlichkeit nicht konsequent bleibt. Statt dessen geht sie an verschiedenen Stellen davon aus, dass thematische Teilöffentlichkeiten unter bestimmten Bedingungen zu Medienöffentlichkeiten werden können – womit das von Gerhards geforderte Kriterium der Öffentlichkeit

erfüllt wäre. Sichtbar wird dieser Schritt insbesondere in den Fallstudien, bei denen die Presseberichterstattung in verschiedenen Ländern über gleiche Themen ganz explizit als Beleg für bereits sichtbare Spuren der Europäisierung dienen (Eder/Kantner 2000; Trenz 2000).

Pan-europäische vs. europäisierte Öffentlichkeit

Setzt man das Modell einer medienvermittelten Öffentlichkeit voraus, sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar: Das einer länderübergreifenden pan-europäischen Öffentlichkeit und die Vorstellung einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Das erste Modell vor Augen betont der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm⁸ zwei große Hindernisse: das Fehlen einer gemeinsamen Sprache und das Fehlen gemeinsamer Medien:

„A Europeanised communications system ought not to be confused with increased reporting on European topics in national media. These are directed at a national public and remain attached to national viewpoints and communication habits. They cannot, accordingly, create any European public nor establish any European discourse.“ (1995: 294)

Erst die Existenz von Zeitungen, Zeitschriften oder Rundfunkprogrammen, die auf einem europäischen Markt angeboten und nachgefragt werden, bedeutet für Grimm Europäisierung. Verschiedene Versuche, gemeinsame europäische Medien zu etablieren, schlugen bislang jedoch fehl. So wurde das von der European Broadcasting Union eingerichtete *Europa TV* 1986 schon nach wenigen Monaten Sendebetrieb wieder eingestellt. Auch das englischsprachige *Sky TV* mit europäischem Fokus scheiterte. Von europäischen Presseverlagen herausgegebene Zeitschriften mit europäischem Schwerpunkt wie *Liber* oder *Lettre International* mussten wegen fehlenden Interesses wieder eingestellt werden. Halten konnten sich im Fernsehbereich neben den länderübergreifenden Sendern *ARTE* und *3SAT* Spartenprogramme wie *Euro News* oder *The European* (Glotz 1995: 21f). Im Pressebereich wird einigen überregionalen Titeln wie der *Financial Times*, *Le Monde Diplomatique* oder *The Economist* aufgrund ihres relativ großen Verbreitungsgebiets europäische Bedeutung zugemessen. Diese Medienprodukte können zwar interpretiert werden als ein im Entstehen begriffener europäischer Journalismus (Schlesinger/Kevin 2000: 222ff). Primär englischsprachig, wenden sie sich jedoch an ein Fachpublikum mit europäischen Interessen und können daher nicht mit der Rolle nationaler Medien im politischen Meinungsbildungsprozess verglichen werden. Aufgrund der sprachlichen Heterogenität und der dominierende Rolle national orientierter Medien muss das Modell einer auf paneuropäischen Medien fußenden Öffentlichkeit auf absehbare Zeit als unrealistisch gelten.

Daraus abzuleiten, dass eine europäische Öffentlichkeit zumindest mittelfristig nicht entstehen wird, beurteilen viele Autoren jedoch als nicht adäquat für die europäische Situation (Eilders/Voltmer 2001). Kritisiert wird vor allem, dass die

Bewertungsmaßstäbe wie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache oder einer eigenständigen supranationalen Infrastruktur für öffentliche Kommunikation aus nationalen Verhältnissen abgeleitet sind und nicht unkritisch auf Europa übertragen werden dürfen (Kantner 2003: 220ff; van de Steeg 2003b: 173ff). Zudem zeigen Staaten mit großer sprachlicher wie kultureller Heterogenität wie etwa die Schweiz oder Kanada, dass es trotz dieser Unterschiede gelingt, eine funktionsfähige Öffentlichkeit zu etablieren (vgl. Neidhardt et al. 2000). Für Europa werden daher neue Modelle von Öffentlichkeit gefordert.

„Entscheidend ist nicht primär, dass Jeder mit Jedem sprechen können muss, sondern dass die Möglichkeit politischer Meinungsbildung auch über Sprachgrenzen hinweg gegeben ist. Ob und inwiefern Sprachgrenzen auch zu Kommunikations- und Verständnisgrenzen werden, hängt dabei vor allem von der Fähigkeit der Medien ab, politische und soziale Diskurse in andere Sprachräume zu übersetzen und zu vermitteln.“ (Meyer 2002: 30)

Ein Großteil der Forschung akzeptiert die Existenz national verankerter Öffentlichkeiten und konzentriert sich auf die Frage nach Diffusionsgrad und Diffusionsgüte europapolitischer Inhalte in diese nationale Öffentlichkeiten. Philip Schlesinger etwa spricht von der Entwicklung einer gemeinsamen Nachrichtenagenda, die einen bedeutenden Teil des europäischen Publikums erreicht (1995: 24). Die Europäisierung zeigt sich demnach als „Patchwork“ (Eilders/Voltmer 2003: 253f) oder „Kommunikationsnetzwerk“ (Weßler 2004: 23f.) sich überlappender nationaler Öffentlichkeiten.

Friedhelm Neidhardt hat davor gewarnt, auf der Abgrenzung von „europäisierter nationaler“ und „europäischer Öffentlichkeit“ gewissermaßen aus „Antinomienfetischismus“ (ein Begriff von George Gurvitch, s. Neidhardt 2004: 13) zu beharren, da es sich nicht um voneinander abgesonderte oder gar einander ausschließende Phänomene handele. Statt dessen betont er den Prozess, in dem sich durch wachsende Europäisierungsgrade nationaler Öffentlichkeiten „zunehmende Annäherungen an das idealtypische Konstrukt einer europäischen Öffentlichkeit [ergeben], ohne dass man annehmen dürfte, solche Annäherungen kämen jemals bei ihren Idealen an.“ (Neidhardt 2004: 13). In diesem Sinne wird in dieser Arbeit untersucht, wie es um die Annäherung an den Idealtypus bestellt ist. Daraus resultiert die Notwendigkeit, Entscheidungskriterien zu formulieren, wann von einer sog. Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten oder sogar einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit gesprochen werden kann (vgl. van de Steeg 2004: 10). Wie zu sehen sein wird, handhaben verschiedene Autoren diese Abgrenzungsproblematik unterschiedlich.

2.1.2 *Empirische Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit*

Empirische Studien konkretisieren das abstrakte Konstrukt der „Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“. Dabei zeigen sich beträchtliche Differenzen, die zwei Beispiele veranschaulichen: Während Jürgen Gerhards (2000b) noch nicht einmal Anhaltspunkte für eine Europäisierung der deutschen Öffentlichkeit findet, beschreibt Christoph Meyer (2002) eine lebendige europäische Öffentlichkeit, die ihrer demokratischen Kontrollfunktion zusehends gerechter wird. Die große Divergenz ist darauf zurückzuführen, dass die Autoren Europäisierung an verschiedenen Maßstäben messen und unterschiedliche Methoden nutzen. Im Folgenden werden aktuelle Forschungsergebnisse mit dem Ziel diskutiert, Leitlinien für das Design dieser Arbeit zu entwickeln.

a. Ausprägung und Formen europäischer Öffentlichkeit

Ob es eine europäische Öffentlichkeit gibt oder nicht, hängt – auch – davon ab, was ein Autor darunter versteht und sie seiner Meinung nach leisten soll. Während etliche Autoren die generelle Sichtbarkeit europäischer Themen und Akteure in den Medien als Indikator für europäische Öffentlichkeit erachten, fordern andere thematische Synchronität und interpretative Ähnlichkeit in der Berichterstattung, ein Mindestmaß an Interaktion bzw. Vernetzung zwischen Öffentlichkeitsakteuren oder eine messbare Wirkung von europäischer Öffentlichkeit (vgl. Tobler 2004). Zentrale Studien können, nach diesen Kriterien sortiert, daraufhin verglichen werden, wie sie europäische Öffentlichkeit operationalisieren und zu welchen Ergebnissen sie kommen. Hierdurch erfolgt eine Bestandsaufnahme, welche Ausprägungen und Formen von europäischer Öffentlichkeit bislang beobachtet wurden. Aufgrund der sehr heterogenen methodischen Vorgehensweisen liegt ein Hauptaugenmerk des folgenden Vergleichs notwendigerweise auf der Diskussion und der Kritik der jeweiligen methodischen Anlagen.

1. Sichtbarkeit europäischer Themen und Akteure

Jürgen Gerhards hat überprüft, inwiefern Massenmedien zu EU-Themen und EU-Akteuren Bezüge herstellen und so das, wie Robert Dahl es nennt, „aufgeklärte Verständnis“ der EU-Bürger ermöglichen (Dahl 1989). In einer Sekundäranalyse der Berichterstattung dreier deutscher Qualitätszeitungen (FAZ, SZ und Welt) zwischen 1951 und 1995 findet Gerhards, dass europäische Themen mit durchschnittlich ca. sieben Prozent im Vergleich zu nationalen und außereuropäischen Themen die geringste Medienaufmerksamkeit erhalten (2000b: 55f). In dem 44jährigen Beobachtungszeitraum findet er kaum Varianz und damit keinen Anhaltspunkt für eine Europäisierung der deutschen Öffentlichkeit: „Während sich